

Niederschrift  
über die 16. Sitzung des Gesundheitsausschusses  
am 19.05.2017 in Köln, Landeshaus  
- öffentlicher Teil -

**Anwesend vom Gremium:**

**CDU**

Dickmann, Bernd  
Herbrecht, Wilhelm  
Hohl, Peter  
Loepp, Helga  
Meies, Fritz  
Mucha, Constanze  
Nabbefeld, Michael  
Naumann, Jochen  
Dr. Schlieben, Nils Helge

für Schavier, Karl  
stellvertretender Vorsitzender

**SPD**

Arndt, Denis  
Ciesla-Baier, Dietmar  
Heinisch, Iris  
Kiehlmann, Peter  
Nottebohm, Doris  
Recki, Gerda  
Schmidt-Zadel, Regina

für Berten, Monika  
für Schulz, Margret

**Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Barion, Katrin  
Beck, Corinna  
Kresse, Martin

**FDP**

Grün, Rainer  
Dr. Strack-Zimmermann, Marie-Agnes

**Die Linke.**

Hamm, Gudrun

**Freie Wähler/Piraten**

Alsdorf, Georg

### **Verwaltung:**

Wenzel-Jankowski, LVR-Dezernentin "Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen"

Lüder, LVR-Fachbereichsleiter "Maßregelvollzug"

Dr. Möller-Bierth, LVR-Fachbereichsleiterin "Personelle und organisatorische Steuerung"

Stephan-Gellrich, LVR-Fachbereichsleiterin "Planung, Qualität und Innovationsmanagement"

Thewes, LVR-Fachbereichsleiter "Wirtschaftliche Steuerung"

Dr. Hufnagel, LVR-Fachbereich "Maßregelvollzug"

Landorff, LVR-Fachbereich "Kommunikation"

Groeters, LVR-Fachbereich "Personelle und organisatorische Steuerung" (Protokoll)

### **Gesamtpersonalrat:**

Plenge, Gesamtpersonalrat (bis TOP 9)

## Tagesordnung

### Öffentliche Sitzung

### Beratungsgrundlage

1. Anerkennung der Tagesordnung
2. Niederschrift über die 15. Sitzung vom 27.03.2017
3. Flüchtlingshilfen des Landschaftsverbands Rheinland – Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen in 2015 und 2016 **14/1929 K**
4. Informationsreise des Gesundheitsausschusses nach Südwürttemberg und in den Kanton Thurgau vom 20. bis 22.06.2017 **14/1942 K**
5. LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2016 **14/1816 K**
6. Sachstand zur "Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung" nach § 32 SGB IX **14/1930 K**
7. Anträge und Anfragen der Fraktionen
8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Verschiedenes

### Nichtöffentliche Sitzung

10. Niederschrift über die 15. Sitzung vom 27.03.2017
11. Personalmaßnahmen
- 11.1. Bestellung zum Stellvertreter der Ärztlichen Direktion (Schwerpunkt Klinik und Versorgung) im Klinikvorstand des LVR-Klinikums Düsseldorf - Kliniken der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf - **14/1784 B**
- 11.2. Bestellung zum Stellvertreter der Ärztlichen Direktion (Schwerpunkt Lehre und Forschung) im Klinikvorstand des LVR-Klinikums Düsseldorf - Kliniken der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf - **14/1785 B**
- 11.3. Bestellung zum Stellvertreter der Ärztlichen Direktion im Klinikvorstand des LVR-Klinikums Essen - Kliniken und Institut der Universität Duisburg-Essen - **14/1971 B**
- 11.4. Wiederbestellung zum Stellvertreter der Kaufmännischen Direktion in den Klinikvorständen der LVR-Klinik Viersen, der LVR-Klinik für Orthopädie Viersen und der LVR-Klinik Mönchengladbach **14/1970 B**
12. Zielplanung der LVR-Klinik Köln **14/1948 B**
13. Bericht über die Umsetzung des Gesamtfinanzierungsplans für den LVR-Klinikverbund (492 Mio. € Programm) **14/1890 K**

14. Maßregelvollzug
- 14.1. Aktuelle Entwicklungen im Maßregelvollzug
- 14.2. Belegungssituation im Maßregelvollzug
15. Anträge und Anfragen der Fraktionen
16. Mitteilungen der Verwaltung
17. Verschiedenes

Beginn der Sitzung:	09:30 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	10:00 Uhr
Ende nichtöffentlicher Teil:	10:30 Uhr
Ende der Sitzung:	10:30 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der stellvertretende Vorsitzende die Mitglieder des Gesundheitsausschusses und die Verwaltung zu der heutigen Sitzung.

## **Öffentliche Sitzung**

### **Punkt 1**

#### **Anerkennung der Tagesordnung**

Herr Kresse bittet, die Beratungen zu den Tagesordnungspunkten 12 "Zielplanung Köln" und 13 "Bericht über die Umsetzung des Gesamtfinanzierungsplans für den LVR-Klinikverbund (492 Mio. € Programm)" auf die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 15.09.2017 zu vertagen, da beide Vorlagen nachverschickt wurden und somit eine Vorberatung in der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN nicht mehr erfolgen konnte.

Der Gesundheitsausschuss stimmt dem zu.

Der Tagesordnung für die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 19.05.2017 wird mit diesen Änderungen zugestimmt.

### **Punkt 2**

#### **Niederschrift über die 15. Sitzung vom 27.03.2017**

Gegen den öffentlichen Teil der Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

### **Punkt 3**

#### **Flüchtlingshilfen des Landschaftsverbands Rheinland – Bericht über die Umsetzung der Maßnahmen in 2015 und 2016 Vorlage 14/1929**

Frau Wenzel-Jankowski berichtet, die überplanmäßigen Haushaltsmittel für

Flüchtlingshilfen im Doppelhaushalt 2015/2016 seien insbesondere für folgende Maßnahmen zur Verbesserung der Behandlung und Unterstützung von Flüchtlingen verwendet worden, für die keine vorrangige Zuständigkeit eines anderen Kostenträgers bestand bzw. besteht:

- Kreativtherapeutische Angebote für Flüchtlingskinder,
- 
- Abteilungsübergreifende Koordinierung psychiatrischer sowie psychosozialer Behandlungs- und Hilfsangebote im Kontext einer psychiatrischen bzw. psychotherapeutischen (Trauma-) Behandlung/"Case-Management",
- 
- Quantitative Erweiterung des Einsatzes von qualifizierten Sprach- und Integrationsmittlerinnen und -mittlern (SIM) in der Behandlung psychisch erkrankter bzw. traumatisierter Flüchtlinge in den LVR-Kliniken.

Frau Wenzel-Jankowski ergänzt, in ihrem Begleitbeschluss zum Doppelhaushalt 2017/2018 habe die politische Vertretung des LVR die Fortschreibung der zusätzlichen Haushaltsmittel zur Flüchtlingshilfe in Höhe von jährlich 86.520 € für den Einsatz von SIM für die Behandlung von Flüchtlingen in den LVR-Kliniken beschlossen. Es sei vorgesehen, dass die Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren Migration (SPKoM) mit ihrer Kernaufgabe der Unterstützung der Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) bei der Entwicklung interkultureller Kompetenz entsprechende Maßnahmen für die SPZ-Mitarbeitenden anbieten, um diesen eine sichere und professionelle Zusammenarbeit mit SIM zu ermöglichen. Es sei ein Qualitätsanspruch des LVR-Klinikverbundes, Menschen mit einem fremden kulturellen Hintergrund adäquat zu behandeln und zusätzlich auch die Sprachkompetenz der eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu fördern.

Herr Nabbefeld bedankt sich für die ausführliche Vorlage und weist auch auf die Broschüre "Flüchtlinge als Patientinnen und Patienten in den LVR-Kliniken" hin. Es sei aber zu beachten, dass die in den LVR-Kliniken aufzuwendenden Mittel für den Einsatz von SIM bei der Behandlung von psychisch kranken Flüchtlingspatientinnen und Flüchtlingspatienten mit großer Wahrscheinlichkeit auch in den kommenden Jahren die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel deutlich übersteigen werden.

Über die Umsetzung der Maßnahmen der LVR-Flüchtlingshilfen in 2015 und 2016 in den LVR-Kliniken (kreativtherapeutische Angebote für Flüchtlingskinder, Abteilungsübergreifende Koordinierung/"Case-Management" und quantitative Erweiterung des Einsatzes von qualifizierten SIM in der Behandlung psychisch erkrankter bzw. traumatisierter Flüchtlinge) wird berichtet.

#### **Punkt 4**

#### **Informationsreise des Gesundheitsausschusses nach Südwürttemberg und in den Kanton Thurgau vom 20. bis 22.06.2017 Vorlage 14/1942**

Frau Wenzel-Jankowski stellt das detaillierte Programm für die Informationsreise des Gesundheitsausschusses nach Südwürttemberg und in den Kanton Thurgau vom 20. bis 22.06.2017 vor.

Frau Stephan-Gellrich ergänzt, die Gastgeber würden sich sehr auf den Besuch des Gesundheitsausschusses freuen. Es werde ein fachlich sehr interessantes Programm angeboten. Sie bittet die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an der Informationsreise daran mitzuarbeiten, dass der ambitionierte Zeitplan eingehalten werden könne.

Herr Alsdorf begrüßt, dass auch Mitglieder aus den Fachforen an der Informationsreise teilnehmen. Bei einer solchen Reise müsse im Vordergrund stehen, dass eine Information

der Fachleute erfolge, damit aus den Erfahrungen Impulse für die Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung im Rheinland gezogen werden könnten.

Der Reiseablauf der Informationsreise des Gesundheitsausschusses vom 20. bis 22.06.2017 wird zur Kenntnis genommen.

#### **Punkt 5**

#### **LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2016 Vorlage 14/1816**

Frau Schmidt-Zadel hebt hervor, der LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention sei sehr zu begrüßen. Wichtig für die Psychiatrie sei, dass auch die EX-IN-Projekte sowie die interdisziplinären Zentren für geistig behinderte Menschen mit einer psychischen Störung in den Aktionsplan aufgenommen worden seien. Es sollte aber nochmals verdeutlicht werden, dass zu den Menschen mit Behinderungen auch Menschen mit psychischen Erkrankungen gehörten, die Anspruch auf Teilhabe haben müssten.

Herr Kresse ergänzt, psychisch kranke Menschen hätten aufgrund ihrer Behinderungen Teilhabebarrrieren und Menschen mit Migrationshintergrund aufgrund ihrer Sprache und ihres anderen Kulturverständnisses. Diese Aspekte würden nicht berücksichtigt, wenn nur der Terminus Menschen mit Behinderungen verwendet werde. Von daher sollte im LVR-Aktionsplan auch auf die Teilhabe von psychisch kranken Menschen und Menschen mit Migrationshintergrund hingewiesen werden.

Der Entwurf des Jahresberichtes 2016 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage Nr. 14/1816 zur Kenntnis genommen. Nach Beratung in allen Fachausschüssen im LVR ist abschließend eine Beschlussfassung durch den Ausschuss für Inklusion mit seinem Beirat für Inklusion und Menschenrechte in der Sitzung am 20.09.2017 geplant.

Anschließend wird der Bericht für das Berichtsjahr 2016 in einer Broschüre veröffentlicht. Der Bericht wird im Rahmen einer Fachveranstaltung „LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte“ am 22.11.2017 mit Verbänden der Menschen mit Behinderungen diskutiert.

#### **Punkt 6**

#### **Sachstand zur "Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung" nach § 32 SGB IX Vorlage 14/1930**

Frau Wenzel-Jankowski erläutert, mit der "ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung" werde die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen gestärkt, da dieses neue Beratungsangebot unabhängig von den Interessen von Leistungsträgern und Leistungserbringern sein solle. Die Förderrichtlinien des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS), die das Nähere zu den Förderkriterien regelten, seien Anfang Mai veröffentlicht worden. Frühestmöglicher Förderbeginn sei der 01.01.2018. Um diesen Termin zu erreichen, müssten die Projektanträge beim BMAS oder dem vom BMAS beauftragten Projektträger mindestens vier Monate vor Förderbeginn gestellt sein. Seitens der Verwaltung werde jetzt geprüft, welche Auswirkungen die Förderkriterien auf die Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ), die Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KokoBe) sowie die Peer Counseling-Modelle haben, die bereits vielfältige Beratungsangebote vorhielten. Nach der Sommerpause werde die Verwaltung entsprechend berichten.

Die Vorlage 14/1930 wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 7**  
**Anträge und Anfragen der Fraktionen**

Keine Anmerkungen.

**Punkt 8**  
**Mitteilungen der Verwaltung**

Frau Wenzel-Jankowski informiert, dass der Landespsychiatrieplan Nordrhein-Westfalen des Ministeriums für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter NRW (MGEPA NRW) veröffentlicht worden sei. An der Erstellung sei der Landschaftsverband Rheinland beteiligt worden. Der Landespsychiatrieplan beinhalte die dem Landschaftsverband Rheinland wichtigen Bausteine der psychiatrischen Versorgung und setze weitere Impulse für deren Weiterentwicklung. Für die nächste Sitzung des Gesundheitsausschusses werde eine Vorlage zu der Thematik erstellt.

**Punkt 9**  
**Verschiedenes**

Keine Anmerkungen.

Viersen, 14.06.2017  
Der stellvertretende Vorsitzende

M e i e s

Köln, 01.06.2017  
Die Direktorin des Landschaftsverbandes  
Rheinland  
In Vertretung

W e n z e l - J a n k o w s k i